

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Reagan: UdSSR legte neuen Vorschlag in Genf vor

Die Sowjetunion hat nach den Worten von Präsident Ronald Reagan bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf einen neuen Vorschlag über die Reduzierung atomarer Langstreckenraketen vorgelegt. In einer rund 30minütigen, vom Fernsehen landesweit übertragenen Pressekonferenz im Weissen Haus in Washington wollte Reagan am Mittwochabend jedoch keine Einzelheiten nennen.

### Neues Misstrauensvotum gegen Chirac gescheitert

In der französischen Nationalversammlung ist in der Nacht zum Donnerstag der vierte Misstrauensantrag gegen die Regierung von Jacques Chirac gescheitert. Für das Misstrauensvotum stimmten die 251 Abgeordneten der Linksparteien — Sozialisten und Kommunisten. Zur Annahme wäre eine absolute Mehrheit von 289 Stimmen erforderlich gewesen. Die Sozialisten hatten den Antrag mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der liberal-konservativen Regierung begründet.

### Junioren-Cupfinals auf einen Blick

|                         |     |
|-------------------------|-----|
| <b>Junioren A</b>       |     |
| Vaduz – Balzers         | 4:1 |
| <b>Junioren B</b>       |     |
| Triesen – Eschen/Mauren | 2:4 |
| <b>Junioren C</b>       |     |
| Eschen/Mauren – Balzers | 0:4 |
| <b>Junioren D</b>       |     |
| Schaan – Vaduz          | 1:3 |
| <b>Junioren E</b>       |     |
| Balzers – Schaan        | 6:1 |

### Westdeutscher Minister fordert Verstärkung der Polizei

(spk/dpa) Der deutsche Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat eine sofortige Verstärkung der Polizei und eine Verbesserung der polizeilichen Ausrüstung verlangt. Er sagte am Donnerstag nach Abschluss der Innenminister-Konferenz in Bonn, die Polizei habe bei den gewalttätigen Ausschreitungen am letzten Wochenende in Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg über keine Reserven mehr verfügt. Eine «neue Art» von Gewalttätigkeit und Brutalität habe sich bei den Zwischenfällen gezeigt. Es müssten mehr Helikopter und Wasserwerfer angeschafft werden.

Die ausserordentliche Konferenz war sich in der Verurteilung der Gewalttätigkeiten einig. Uneinigkeit herrschte zwischen den Ministern der CDU/CSU-regierten Länder und ihren SPD-Kollegen jedoch über die zu ergreifenden Massnahmen.



### WM heute Freitag

|       |                                   |
|-------|-----------------------------------|
| 20.00 | BRD – Dänemark<br>(In Queretaro)  |
| 20.00 | Schottland – Uruguay<br>(In Neza) |

## Ausstellung mund- und fussmalender Künstler

Buchpräsentation und Ausstellung zum 30jährigen Jubiläum der Künstlervereinigung in Vaduz

Vor dreissig Jahren wurde die «Vereinigung mund- und fussmalender Künstler» im Waldhotel in Vaduz gegründet. Aus einer bescheidenen Gruppe behinderter Künstler ist in diesen drei Jahrzehnten eine fast weltumspannende Vereinigung geworden, der heute über zweihundert Künstlerinnen und Künstler angehören. Im Rathausaal in Vaduz wurde am Mittwochabend eine Ausstellung mit Werken dieser Künstler eröffnet und gleichzeitig zum 30jährigen Bestehen der Vereinigung ein Bildband präsentiert.

Die fussmalende Künstlerin Marlyse Tovae aus Frankreich eröffnete im Rathausaal die Jubiläumsausstellung und entbot dabei I.D. Erbprinzessin Marie, die als Präsidentin des Liechtensteinischen Roten Kreuzes die Schirmherrschaft über die Ausstellung übernommen hatte, einen besonderen Dank. Sie erinnerte in ihrer kurzen Ansprache an die Gründung der Vereinigung mund- und fussmalender Künstler vor dreissig Jahren in Vaduz, die sie damals auch miterlebte. Die Gruppe von 17 Künstlern habe sich damals auf der Suche nach materieller Unabhängigkeit und künstlerischer Entfaltung zusammengeschlossen, heute gehörten der Vereinigung bereits mehr als zweihundert Künstlerinnen und Künstler aus vielen Staaten an. Die heutige Präsidentin der Vereinigung bedankte sich vor allem auch für das Gastrecht, das der Vereinigung seit drei Jahrzehnten in Vaduz gewährt werde.

### Ein Buch zum Jubiläum

Zur Ausstellungseröffnung waren zahlreiche Künstlerinnen und Künstler gekommen, die unter dem Staunen der Besucher mit dem Mund oder den Füssen ihre Kunstwerke anfertigten. Zum 30jährigen Jubiläum wurde auch ein Buch herausgegeben, für dessen Inhalt der Geschäftsleiter der Vereinigung, Franz Moosleithner, verantwortlich zeichnet. Das Buch gibt einen historischen Abriss von der Gründung bis zum heutigen Tag, stellt die Künstler mit ihren Werken vor und erläutert die Ziele der Vereinigung.

Das Werk ist reich illustriert mit vielen fabrigen Bildern der fuss- und mundmalenden Künstler und gibt somit einen Überblick über das künstlerische Schaffen. Dr. Herbert Batliner, der schon bei der Gründungsversammlung zum Rechtskonsulenten bestellt wurde, formuliert im Vorwort zum Buch eines der Ziele der Vereinigung: «Durch die Begegnung mit gleichgesinnten aktiven Künstlern, als Idealisten jüngerer und älterer Generation, erwächst und reift die Erkenntnis der jeweiligen besonderen Aufgabe, wobei dennoch die schönste Pflicht darin liegt, dass allen Mitgliedern und Stipendiaten die Grundlage geboten wird, ihre Existenz zu sichern und sich der Kunst, frei von Not und Sorgen, zu widmen.»

### Ein ungewöhnliches Modell

Als eines der ungewöhnlichsten und glücklichsten Modelle kultureller Selbsthilfe in unserer Zeit bezeichnete der Kunsthistoriker Dr. Richard Hiepe die

Vereinigung, die auf ein drei Jahrzehnte langes erfolgreiches Wirken zurückblicken könne. Aus den bescheidenen Anfängen sei eine weltweite Künstlerorganisation entstanden, die mehr als zweihundert Künstlerinnen und Künstler eine gesicherte Existenz ermögliche. Durch ein vielfältiges Ausstellungswesen, den Verkauf der Originalwerke sowie deren Vermittlung an Verlage für Kunstpostkarten und Kunstkalender besorge die Vereinigung die künstlerische und soziale Selbstverwirklichung dieser durch Krankheit, Unfall oder angeborene Schäden schwer betroffenen Menschen.

Erbprinzessin Marie, die sich sehr für das künstlerische Schaffen der Behinderten interessierte, wünschte den Künstlerinnen und Künstlern alles Gute für die Zukunft und viel Erfolg mit dieser Ausstellung. Sie habe, so bekannte sie, mit Bewunderung die ausgestellten und die sich in Bearbeitung befindlichen Werke betrachtet. (G.M.)



I.D. Erbprinzessin Marie (links) zeigte sich bei der Eröffnung der Ausstellung der mund- und fussmalenden Künstler im Rathausaal Vaduz beeindruckt von der Ausstrahlung der Kunstwerke. Auf unserem Bild unterhält sie sich mit dem schweizerischen Künstler Theo Möschi, der sich auf Landschaften und Blumen spezialisiert hat.

## Neuordnung des Subventionsrechts geht weiter

Überblick über die Schwerpunkte in den Ressorts von Regierungschef Hans Brunhart

Am Pressegespräch vom Dienstag legten die Regierungsmitglieder, wie bereits berichtet, die Schwerpunkte der Arbeit in ihren Ressorts vor. Regierungschef Hans Brunhart, der die Ressorts Präsidium, Aussenpolitik, Finanzen, Bildungs- und Bauwesen leitet, wird nach seiner Darstellung vor allem eine Reihe angefangener Aufgaben zu Ende führen, wobei «Schule wohin?», Steuergesetz und Subventionsrecht drei der Schwerpunkte bilden.

Im aussenpolitischen Bereich wird auf den Regierungschef ab Herbst eine zusätzliche Belastung zukommen. Dann beginnt nämlich die Vizepräsidentenschaft des Fürstentums Liechtenstein im Ministerkomitee des Europarates, an die sich im nächsten Frühjahr die Präsidentschaft für ein halbes Jahr anschliesst. Der Regierungschef als Aussenminister unseres Landes wird während dieser Zeit vermehrte Verpflichtungen in Strassburg wahrnehmen müssen. Der Hauptteil der Arbeit jedoch entfällt, wie Brunhart erklärte, auf den Ständigen Vertreter unseres Landes in Strassburg, Prinz Nikolaus, der den Vorsitz in den verschiedenen Ausschüssen zu übernehmen hat.

Im Ressort Äusseres wird der Bericht der Regierung zur UNO die politischen Gremien weiter beschäftigen. In erster Linie wird sich die neugewählte aussenpolitische Kommission des Landtags damit befassen.

### Überarbeitung des Besoldungssystems

Zu den zwei wichtigsten Aufgaben im Ressort Präsidium erwähnte Regierungschef Brunhart die Erarbeitung eines neuen Dienstgesetzes für Beamte sowie die Überarbeitung des Besoldungssystems

für die Staatsangestellten. Das Dienstgesetz hofft der Regierungschef bis zum Sommer fertig zu haben, die Arbeiten am Besoldungssystem sind nach seinen Worten in Auftrag gegeben worden.

Im Bereich des Bildungswesens soll die Diskussion über «Schule wohin?» weitergeführt werden, wobei vor allem auch die Überarbeitung der zahlreichen Verordnungen des Schulgesetzes, die teilweise mehr als zehn Jahre alt sind, im Vordergrund steht. Zur Berufsschule Buchs hat die Regierung dem Landtag bereits einen Antrag unterbreitet, für die Errichtung einer Handelsmittelschule in unserem Land ist die Vernehmlassung in den Wirtschafts- und Bildungskreisen abgeschlossen worden. Mit dem Ergebnis dieser Meinungsäusserungen wird sich die Regierung in nächster Zeit auseinandersetzen.

Das schon seit langem angekündigte Streuergesetz befindet sich nach den Aus-

führungen des Regierungschefs seit drei Monaten in den Händen einer Redaktionskommission, die mit der Formulierung der Gesetzesartikel beauftragt ist. Der Regierungschef möchte auch die Überarbeitung des Finanzhaushaltsgesetzes an die Hand nehmen, da nach seiner Auffassung verschiedene Bestimmungen nicht mehr den heutigen Anforderungen genügen.

Zur Novellierung des Subventionsrechts wurden die Arbeiten wieder aufgenommen. Auch dieser Bereich gehört zu den Dauerbrennern wie das Steuergesetz.

Im Ressort Bauwesen steht die Beschlussfassung über das neue Polizei- und Gefängnisgebäude im Mittelpunkt, wo dieser Tage die Jurierung der eingelangten Projekte vorgenommen werden soll. Ausserdem hat die Regierung in nächster Zeit die Ausarbeitung des Nutzungs- und Erschliessungskonzepts für die Burg Gutenberg vorzunehmen.

## Regierungsumbildung in Österreich

Vranitzky gibt am Mittwoch Regierungserklärung in Wien

(spk/dpa) Der neue österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky wird am kommenden Mittwoch im Parlament seine Regierungserklärung abgeben. Wie am Donnerstag bekannt gegeben wurde, wird der Nationalrat (Bundesparlament) im Anschluss an die Erklärung eine Debatte abhalten.

Am kommenden Montag werden er und die bis dahin feststehenden neuen Regierungsmitglieder vereidigt.

Bisher haben drei Minister des Kabinetts Sinowitz, darunter Aussenminister Leopold Gratz, ebenfalls ihren Rücktritt bekanntgegeben. Auch Gratz hat den Wahlsieg von Waldheim, mit dem er eng hätte zusammenarbeiten müssen, als Grund für seinen Rücktritt angegeben. Zur Nachfolge der zurückgetretenen Minister war bisher nichts offiziell bekannt. Als möglicher künftiger Aussenminister wird der Internationale Sekretär der SPÖ, Peter Jankowitsch, genannt.

## KOMMENTAR

Den Gewässerschutz, den haben wir im Griff – so verkünden wenigstens unsere Behörden, wenn sie über Umweltschutz vor regionalen oder internationalen Gremien reden. Das mag auch stimmen, wenn der Anteil der gereinigten Abwässer zum Massstab genommen wird. Doch wenn man ins Detail geht, so lassen sich solche Sprüche nur noch unter Weglassung einiger Tatsachen klopfen.

Sind wir schon so auf die Luftverschmutzung eingefahren, dass wir den Blick auf die Erhaltung des gesunden Wassers verloren haben? Dies scheint so, wenn man den Bericht der Regierung über die erhöhte Subventionierung der Abwasserleitung aus Malbun und Steg etwas studiert. Denn dort heisst es, der ungenügende Reinigungsgrad der Kläranlage Malbun entspreche bei weitem nicht mehr den vorgeschriebenen Reinigungswerten, es bestehe die latente Gefahr der Versickerung unzureichend gereinigter Abwässer in die Trinkwasserfassungen, es gebe Klagen über unhygienische Verhältnisse unter der Kläranlage Malbun – und einzelne Quellen der Trinkwasserfassung der Ge-

### Für das Gemeinwohl

meinde Vaduz im Bereich Schneefluht (Malbun) seien bakteriologisch verseucht, was mit grosser Wahrscheinlichkeit im Zusammenhang mit der ungenügenden Abwasserentsorgung im Malbun stehe.

Alles Fakten, auf die teilweise schon seit Jahren in den Berichten des Gewässerschutzamtes hingewiesen wird. Abhilfe hätte eine Kläranlage gebracht, zu deren Bau im Steg der Landtag bereits 1979, also vor sieben Jahren, eine erhöhte Subvention an die arme Walsergemeinde mit einem der schönsten und teuersten Gemeindezentren zugesichert hat.

Doch die Kläranlage wurde nicht erstellt, statt dessen weiter um Subventionsätze gepokert und ein neues Projekt mit einer Ableitung in das Talgebiet erarbeitet.

Und wie geht es, angesichts der prekären Verhältnisse für die Umwelt und die Wasserfassungen, weiter? Ganz einfach: «Eine vorzeitige Realisierung der Abwasseranlagen im Feriengebiet sieht die Gemeinde nur dann für gegeben, wenn der Gemeinde keine Belastungen entstehen, d.h. wenn die Investitionskosten vom Land subventioniert und die Restkosten zinslos bevorschusst werden.»

Was heisst hier eigentlich «vorzeitige Realisierung»? Der Bau einer Kläranlage oder einer Ableitung ins Talgebiet hinkt doch der Entwicklung um Jahre nach. Tschernobyl können wir nicht beeinflussen, obwohl dazu viele Worte verloren wurden. Aber mit den Gemeindebehörden von Triesenberg könnte man doch im Klartext reden, man müsste sogar, solange sie das Gemeinwohl nur bei der Erlangung von Subventionen im Auge haben, nicht jedoch, wenn ihr sorgloser Umgang mit dem Abwasser die Trinkwasserfassung von Talgemeinden «bakteriologisch verseucht».

(G.M.)

## Regierung von San Marino gestürzt

San Marino (AP) Die linksgerichtete Regierung von San Marino ist am Mittwoch im Zusammenhang mit aussenpolitischen und anderen Fragen gestürzt. Wie die italienische Nachrichtenagentur ANSA meldete, verliessen die kommunistischen und Abgeordneten der Unitarischen Sozialistischen Partei, die zusammen über sieben der zehn Sitze im regierenden Staatskongress verfügen, eine hinter verschlossenen Türen stattfindende Sitzung des Parlaments. Diesem Grossen und Generalrat gehören 60 Abgeordnete an. Bereits in den letzten Wochen hatten die Christdemokraten, die im Parlament mit 26 Abgeordneten die grösste Fraktion sind, die Regierung wegen ihrer «unzureichenden» Aussenpolitik kritisiert.